+++ SPEZIAL: MITTELSTAND +++

heute:
IKB aktuell

Handelsblatt.com
NEWS AM ABEND

IKB Deutsche Industriebank

Mittwoch, 3.12.08 I Nr. 235

Die schnellste Zeitung, produziert von océ

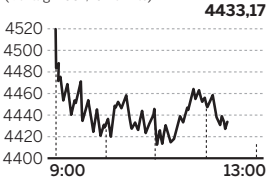
Redaktionsschluss
14:00 Uhr

Top-Klicks auf Handelsblatt.com/favoriten

1. Middelhoff, der gescheiterte Held
2. Autokrise: 2009 wird „Annus horribilis"
3. 20 Jahre Dax: Wer kam, wer ging
4. Umstrittener Sanierungsplan von Ford
5. Politiker streiten um Konsumgutscheine

DAX 30

Mittwoch, 3.12.2008
(Vortag: 4531,79 Punkte)



Handelsblatt | Quelle: Bloomberg

HEUTE

Regierung setzt Vergabereform aus
Die Reform des Vergaberechts ist vorerst gescheitert. Nach Informationen des Handelsblattes aus Koalitionskreisen hat die Unionsfraktion Bedenken angemeldet und eine Vertagung des Themas durchgesetzt. Eigentlich sollte der Bundestag der Reform diese Woche zustimmen.

Infineon schockiert die Investoren
Infineon hat die Anleger mit Milliardenverlusten und einem düsteren Ausblick erschreckt. Im vierten Quartal stieg der Fehlbetrag um 29 Prozent. **SEITE 4**

BayernLB weitet Verluste aus
Die angeschlagene Landesbank BayernLB hat im dritten Quartal durch die Finanzkrise eine Mrd. Euro verloren. **SEITE 7**



Opel-Werk in Rüsselsheim. Die deutsche Autobranche erwartet für 2009 den schwächsten Absatz seit der Wiedervereinigung. Foto: ap

Autobauer schreiben 2009 ab

Export und Produktion schrumpfen in bisher unbekanntem Tempo

ap I Frankfurt Die deutsche Autoindustrie steuert mit Volldampf in die Krise: Export, Produktion und Absatz sinken in diesem Jahr, und 2009 erwarten die Hersteller auf dem Heimatmarkt mit nur etwa 2,9 Millionen Neuzulassungen den schwächsten Absatz seit der Wiedervereinigung. „Die Automobilmärkte sind auf einer Talfahrt, die in dieser Geschwindigkeit und Ausprägung noch nie vorher stattgefunden hat", sagte VDA-Präsident Matthias Wissmann heute. Je länger und schwerer die Krise ausfalle desto größer würden auch die Folgen für die Beschäftigung.

Laut Wissmann hat die Branche im September im Vergleich zum Vormonat rund 1850 Stellen in der Stammbelegschaft abgebaut. Zudem entfielen zuletzt 8000 bis 10 000 Zeitarbeitsjobs. Einen weitergehenden Stellenabbau schloss der VDA-Präsident nicht aus. Ende des dritten Quartals beschäftigte die deutsche Autoindustrie noch 761 600 Mitarbeiter. Die Zahl der Neuzulassungen sinkt 2008 auf unter 3,1 Mio., gehofft hatte die Branche auf ein leichtes Plus auf 3,2 Mio. Der Export – Motor der deutschen Autoindustrie - wird auf 4,1 bis 4,2 Mio. PKWs zurückgehen nach 4,3 Mio. 2007. Auch die Nutzfahrzeughersteller, die fünf Rekordjahre in Folge einfuhren, tragen inzwischen zur Talfahrt der deutschen Autoindustrie bei. **SEITE 3**

Immer mehr Firmenpleiten

rtr I Frankfurt Die Wirtschaftsauskunftei Creditreform erwartet 2009 einen dramatischen Anstieg der Firmenpleiten. Die Zahl der Insolvenzen werde um fast 18 Prozent auf bis zu 35 000 zulegen, prognostizierte Creditreform-Vorstand Helmut Rödl heute in Frankfurt. Probleme bekämen vor allem Unternehmen, deren Eigenkapitalbasis ohnehin geschwächt ist und Firmen aus der Automobilbranche, dem Einzelhandel und der Bauindustrie.

Immer mehr Firmen klagen über eine Kreditklemme. Wie eine Creditreform-Befragung im November ergab, wurden neun Prozent der Unternehmen beantragte Kredite verwehrt. Vor einem halben Jahr waren es nur 1,6 Prozent.

15. Handelsblatt Jahrestagung

Personal im 21. Jahrhundert.

Strategien für Wachstum und Stabilität in schwankenden Märkten

17. und 18. Februar 2009, München

Handelsblatt
Substanz entscheidet.

Info-Telefon: 0211.9686–3621
(Sonja Scharwächter)

www.handelsblatt-personal.de

Meldungen

Kabinett beschließt neue Volkszählung
Die Bundesregierung hat mit der Verabschiedung eines neuen Zensusgesetzes die rechtlichen Voraussetzungen für die Volkszählung im Jahr 2011 geschaffen. Erstmals werden dann in einem neuen Verfahren neben den Menschen auch die Gebäude und Wohnungen in Deutschland gezählt. Für die Zählung werden erstmalig die bereits vorhandenen Daten der Melderegister herangezogen. Außerdem sind aber auch wie gewohnt Fragebögen auszufüllen. Insgesamt sollen dadurch die Kosten erheblich geringer ausfallen.

Streubomben-Verbot unterzeichnet
Regierungsvertreter aus mehr als hundert Staaten haben in Oslo ein Streubomben-Verbot unterzeichnet. Diese Bomben gelten als besonders heimtückisch und gefährlich für Zivilisten. Als größte Schwäche gilt, dass sich einige der weltweit wichtigsten Produzenten und Anwender von Streubomben, wie China, USA, Russland, Israel und Indien, nicht angeschlossen haben.

BKA-Gesetz kommt

Die Online-Durchsuchung dürfte jetzt doch erlaubt werden

ap I Berlin Union und SPD haben sich nach dem Veto des Bundesrates auf einen Kompromiss zum BKA-Gesetz geeinigt. Der parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion, Thomas Oppermann, sagte heute in Berlin, die Bund-Länder-Koalitions-Arbeitsgruppe unter Leitung von Innenminister Wolfgang Schäuble und Justizministerin Brigitte Zypries habe sich auf drei Änderungen verständigt.

Die Einigung war erforderlich, nachdem am vergangenen Freitag der Bundesrat das umstrittene Gesetz abgelehnt hatte. Oppermann zufolge einigte sich die Runde in Berlin auf drei Änderungen, mit denen das Gesetz in den Vermittlungsausschuss gehen soll. So sei ein umfassender Richtervorbehalt eingeführt worden. Bei den umstrittenen Online-Untersuchungen solle es auch Eilentscheidungen nur nach richterlicher Anordnung geben. Auch die Zuständigkeiten zwischen BKA und Länderpolizeien seien geklärt.



Proteste gegen das umstrittene BKA-Gesetz vor dem deutschen Bundestag. Foto: rtr

Die FDP prüft eine Verfassungsklage gegen das BKA- Gesetz. Partei- und Fraktionschef Guido Westerwelle kritisierte vor allem die geplante Einschränkung des Berufsgeheimnisses bei Ärzten, Anwälten und Journalisten. Seine Fraktion prüfe, ob eine Normenkontrollklage aus dem Kreis des Bundestages gegen die neuen Befugnisse für das BKA oder aber Verfassungsbeschwerden einzelner Abgeordneter angestrebt werden sollen.

Es ändere sich aber nichts an der Regelung zu den Berufsgeheimnisträgern. Demnach haben das volle Zeugnisverweigerungsrecht nur Geistliche, Strafverteidiger sowie Mitglieder des Bundestags und der Landtage. Für andere Berufsgeheimnisträger wie Journalisten, Ärzte und Rechtsanwälte, die keine Strafverteidiger sind, soll das Recht dagegen nur eingeschränkt gelten.

Nachdem der Vermittlungsausschuss eingeschaltet wurde, könnte das Gesetz rechtzeitig vor der Weihnachtspause am 19. Dezember vom Bundesrat verabschiedet werden.

CDU und SPD streiten über Konjunkturpaket

dpa I Berlin Die Koalitionsdebatte über weitere Schritte gegen den Wirtschaftsabschwung wird schärfer. Mehrere Unionspolitiker lehnten am Mittwoch SPD-Überlegungen über Konsumgutscheine zur Ankurbelung der Konjunktur strikt ab. Aber auch die SPD-Spitze ist uneins. Das von Partei-Vize Peer Steinbrück geführte Finanzministerium nannte Konsumgutscheine „absurden Unsinn“. In der Wirtschaft werden Schecks als „Strohfeuer“ abgelehnt. Der „Wirtschaftsweise“ Peter Bofinger plädiert für die Gutscheine. Er schlägt 125 Euro für jeden Bürger vor. Im Bundeshaushalt würde dies mit 10 Mrd. Euro zu Buche schlagen.

In CDU und SPD wird zugleich über mehr Investitionen in die Infrastruktur nachgedacht, um der Konjunktur zusätzlich zu helfen. Es gilt aber als unwahrscheinlich, dass die Koalition über weitere Schritte schon Anfang Januar entscheidet. Die SPD plant für Januar zunächst eine Investitionskonferenz.

Erste Landung auf Bangkoks Flughäfen

dpa I Bangkok Nach dem Ende der Blockade des wichtigsten Flughafens in Thailand ist dort heute erstmals wieder ein Passagierflugzeug gelandet. Die Maschine der heimischen Fluggesellschaft Thai Airways brachte 351 Passagiere aus Phuket nach Bangkok. Stunden vorher waren die letzten der zeitweise mehr als 10 000 Demonstranten abgezogen. Sie hatten eine Woche lang den Flugbetrieb am internationalen Airport und einem Ausweichflughafen in Bangkok aus Protest gegen die Regierung lahmgelegt.

Krise erreicht auch Europas Dienstleister

rtr I Berlin Die Dienstleister in der Euro-Zone haben ihre Talfahrt im November mit erhöhter Geschwindigkeit fortgesetzt. Vor allem ein Einbruch bei den Neuaufträgen machte den Unternehmen zu schaffen, wie aus dem heute veröffentlichten Markit-Einkaufsmanagerindex für den Service-Sektor hervorgeht. In Deutschland ging die Nachfrage so stark zurück wie seit 2003 nicht mehr.

Das Barometer fiel auf 42,5 Punkte von 45,8 Zählern im Oktober und lag damit so weit unter der Wachstumsschwelle von 50 Punkten wie nie zuvor in der über zehnjährigen Geschichte der Umfrage.

Berechtigte Hoffnungen auf ein schnelles Ende der Talfahrt dürfe man sich nicht machen, sagte Postbank-Experte Heinrich Bayer. „Die Wirtschaft des Euro-Raums wird auch Anfang 2009 nicht aus der Rezession herauskommen.“ Im November berichteten die Dienstleister in allen vier größeren Euro-Ländern über eine geringere Geschäftstätigkeit. Besonders stark verschlechterte sich die Situation in Spanien (28,2 Punkte).

EU will engere Kooperation mit Osten

ap I Brüssel Ein halbes Jahr nach Gründung der Mittelmeer-Union will Brüssel eine engere Partnerschaft auch mit den östlichen Nachbarn der EU auf den Weg bringen. Die EU-Kommission schlug heute eine vertiefte Zusammenarbeit mit den ehemaligen Sowjetrepubliken Ukraine, Georgien, Armenien, Aserbaidschan und Moldawien vor. Die „östliche Partnerschaft“ soll auf einem Gipfeltreffen im April aus der Taufe gehoben werden. Die Teilnahme Weißrusslands ist in der EU umstritten.

Impressum
Handelsblatt News am Abend

Verlag: Handelsblatt GmbH
Geschäftsführung:
Joachim Liebler, Laurence Mehl
Redaktion:
Bernd Ziesemer (verantw.)
Peter Pfister (Redaktionsltg.)
Sabine Haupt, Anja Kühner, Elga Lehari-Reichling, Karen Wientgen
Objektleitung: Udo Schumacher
Anzeigen:
GWP media-marketing GmbH, Ute Wellmann (verantw.)
Anschrift:
Kasernenstr. 67, 40213 Düsseldorf
Tel.: +49 (0) 2 11-887-0
Email: hb.news-am-abend@vhb.de
Internet: www.newsamabend.com

Druck und Distribution:
Océ-Deutschland GmbH
Panoramastr. 1, 10178 Berlin
Tel.: +49 (0) 30-24 02 12 44
Email: hablatt@oce.de

In Zusammenarbeit mit über 20 Digitaldruckpartnern und Kurieren in Ihrer Nähe

Meldungen

Telecom Italia streicht mehr Stellen
Italiens größtes Telekommunikationsunternehmen Telecom Italia hat angekündigt, in der Heimat 4000 weitere Stellen streichen zu wollen. Damit würden zusammen mit den bereits bekannten Kürzungen 9000 Arbeitsplätze wegfallen. Zudem will das Unternehmen Sparten abstoßen, die nicht zum Kerngeschäft gehören. Dadurch will die Telecom Italia 3 Mrd. Euro erlösen.

RWE darf Windpark bauen
Der Energieversorger RWE hat von der britischen Regierung die Genehmigung für den Bau eines Offshore-Windparks vor der nordwalisischen Küste erhalten. Der Windpark mit einer Leistung von 750 Megawatt könne als einer der größten Offshore-Windparks weltweit jährlich über eine halbe Million Haushalte in Großbritannien mit Strom versorgen, teilte das Unternehmen mit. Mit dem Bau könne nach derzeitigem Planungsstand 2011 begonnen werden. Die vollständige Inbetriebnahme sei für 2014 vorgesehen.

Auch Google muss sparen
Google ist von der Wirtschaftskrise eingeholt worden und greift zu Sparmaßnahmen. Unter anderem sollten mehrere Online-Projekte gestoppt werden, sagte Google-Chef Eric Schmidt dem „Wall Street Journal". Man wolle sich auf das Kerngeschäft – Werbung im Internet und auf Mobiltelefonen sowie die online verfügbare Software für Unternehmen – beschränken.

Dr. Oetker übernimmt Tiefkühlpizzen
Der Lebensmittelriese Dr. Oetker übernimmt das Europageschäft des amerikanischen Tiefkühlpizzaherstellers The Schwan Food Company („Schwan's"). Über den Kaufpreis sei Stillschweigen vereinbart, sagte ein Oetker-Sprecher.

US-Autobauer wollen mehr Geld

GM, Ford und Chrysler fordern 34 Mrd. Dollar – Krise hat sich verschärft


Die Zentrale von General Motors in Detroit: Die Zukunft ist ungewiss. Foto: dpa

dpa I Detroit Die Krise der amerikanischen Autohersteller ist offenbar noch schlimmer als bislang bekannt. Die drei Konzerne General Motors, Ford und Chrysler ersuchten den US-Kongress um neue Kredite von insgesamt 34 Mrd. Dollar. Und die Lage ist akut: Die Opel-Mutter GM will noch im Dezember vier Mrd. Dollar haben. Auch Chrysler braucht die angefragten sieben Mrd. Dollar bis Jahresende. Der US-Automarkt liegt unterdessen weiter am Boden: Im November brach der Absatz von GM um 41 Prozent ein, die Verkäufe von Ford fielen um gut 30 Prozent.

Insgesamt ersuchte der größte US-Autobauer GM den US-Kongress um neue Kredite von bis zu 18 Mrd. Dollar bis Ende 2009. Der Konkurrent Ford will bis zu neun Mrd. Dollar haben, hofft aber, auf das Geld nicht zugreifen zu müssen. Die US-Abgeordneten hatten bisher nur über neue Kredite von insgesamt 25 Mrd. Dollar für die drei großen Autobauer beraten.

Im Gegenzug für die Hilfen will GM seine Angebotspalette verändern und verstärkt in umweltfreundliche Modelle wie den Elektrowagen Chevy Volt investieren. Außerdem sollen die Kostensenkungen beschleunigt werden. Konzernchef Richard Wagoner will für ein symbolisches Gehalt von einem Dollar arbeiten. Ford kündigte an, über die kommenden sieben Jahre 14 Mrd. Dollar investiert zu wollen, um den Benzinverbrauch der Ford-Flotte zu senken.

General Motors (GM) will seine schwedische Tochter Saab verkaufen oder auch schließen. Nach Angaben des Konzern-Vizechefs Frederick Henderson ist GM dabei um eine schnelle Lösung bemüht. Laut Saab-Chef Jan Åke Jonsson gibt es „mehrere Interessenten" für eine Übernahme. General Motors stieg 1990 bei Saab ein und hält seit dem Jahr 2000 alle Anteile.

MAN erwartet harte Zeiten

rtr I München Wegen der Konjunkturflaute will MAN 2009 deutlich weniger Lastwagen bauen. „Wir werden 30 Prozent weniger produzieren", kündigte Vorstandschef Hakan Samuelsson an. Für das laufende Jahr hatte MAN die Auslieferung von rund 100 000 Lastwagen angepeilt; dies gilt aber inzwischen als unrealistisch.

Im dritten Quartal war die Zahl der LKW-Bestellungen bei MAN um die Hälfte eingebrochen, auch danach setzte sich die negative Entwicklung fort. Selbst in den bis vor kurzem boomenden Ländern in Osteuropa und in Russland legten zahlreiche MAN-Kunden ihre Käufe auf Eis.

Samuelsson rechnet mit einer tiefen, mehrjährigen Krise im Lastwagen-Geschäft. MAN müsse deshalb


MAN-Vorstandsvorsitzender Hakan Samuelsson. Foto: ap

die Kosten rasch senken. Nach einer einmonatigen Produktionspause zum Jahreswechsel sollen im ersten Halbjahr 2009 die Bänder an 40 bis 50 Tagen stillstehen. Zum Jahresende stünden die Zeitkonten der rund 14 000 Festangestellten zudem bereits bei null, sagte Samuelsson. Theoretisch ist ein Minus von bis zu 300 Stunden je Mitarbeiter möglich. Ein Abbau der Stammbelegschaft sei aber kein Thema, sagte Samuelsson. Die 2200 Leiharbeiter in der Kernsparte sollen jedoch bis zum Jahresende gehen.

Gleichzeitig will sich MAN stärker auf Länder und Bereiche konzentrieren, die Wachstum versprechen. In Indien stockt MAN den Anteil am Gemeinschaftsunternehmen mit Force Motors auf 50 von 30 Prozent auf. In Brasilien stehe „in nicht so weiter Zukunft" eine Einigung über die Kooperation mit der Nutzfahrzeugsparte von Großaktionär VW an, sagte Samuelsson. Die Dieselsparte, die Großmotoren für Schiffe und Kraftwerke baut, wird künftig zudem auch Motoren für Jachten fertigen und will dabei von der Erfahrung im LKW-Segment profitieren.

Führerscheine aus EU-Staaten gelten immer

dpa I Koblenz Gute Nachricht für Führerscheintouristen: Die Fahrerlaubnis aus einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union muss in Deutschland grundsätzlich anerkannt werden. Dies gelte auch, wenn der Inhaber im EU-Ausland nur einen Scheinwohnsitz habe, entschied das Oberverwaltungsgericht (OVG) Rheinland-Pfalz in einem heute veröffentlichten Urteil. Das Gericht verwies auf die neue Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes. Danach sieht das europäische Recht die gegenseitige Anerkennung der von den EU-Staaten ausgestellten Führerscheine ohne jede Einschränkung vor.

Infineon stürzt in die Verlustzone

Qimonda und angelaufener Stellenabbau belasten

HB I München Die Absatzkrise der Kunden reißt den Münchener Halbleiterkonzern Infineon immer tiefer in die Verluste. Der Fehlbetrag verzehnfachte sich im Ende September ausgelaufenen Geschäftsjahr 2007/08 nahezu auf 3,1 Mrd. Euro, wie das Unternehmen heute mitteilte. Die Ausweitung ist vor allem auf die schwere Krise der Speicherchiptochter Qimonda, zahlreiche Abschreibungen und den laufenden Stellenabbau zurückzuführen. Der Umsatz im Kerngeschäft ohne Qimonda sei um gut 200 Mio. Euro auf 4,3 Mrd. Euro gestiegen, hieß es.

Für die absehbare Zukunft zeichnete Infineon-Chef Peter Bauer ein düsteres Bild. „Wir sind angesichts der Aussichten für die kommenden Quartale



Infineon-Chef Peter Bauer sieht harte Zeiten auf sein Unternehmen zukommen. Foto: ap

beunruhigt“, sagte er. Der Umsatz werde im laufenden Geschäftsjahr um mindestens 15 Prozent schrumpfen. Das operative Ergebnis werde auch ohne Sondereffekte negativ ausfallen.

Die ehemalige Siemens-Tochter sieht sich vor allem vom Nachfrageeinbruch in der Automobilindustrie und einer Flaute im Mobilfunkgeschäft erfasst. Selbst mit einem verschärften Sparkurs werde das Unternehmen sich nicht gegen einen Abwärtstrend stemmen können, sagte Bauer.

Der langersehnte Ausstieg bei der gebeutelten Qimonda noch vor Februar ist offenbar vom Tisch. Angesichts des Kursniveaus von unter 20 US-Cent je Qimonda-Anteil sei Infineon vom Plan abgekommen, die Papiere als Sachdividende an seine Aktionäre zu verschenken. Infineon konzentriere sich daher nun ganz auf den Verkauf der defizitären Tochter.

Um die drohende harte Zeit zu überstehen, will Infineon sein Sparprogramm über die bereits angekündigten 200 Millionen Euro bis Ende des Geschäftsjahres 2009 ausweiten. Laut Bauer verhandelt das Unternehmen bereits über Maßnahmen wie Kurzarbeit und Betriebsferien. Ganze Produktionsanlagen sollen zeitweise stillgelegt werden. Dadurch sollen die Betriebskosten jährlich um mindestens 100 Mio. Euro gedrückt werden.

Angesichts der schlechten Nachrichten verlor die Infineon-Aktie am Morgen über ein Viertel ihres Wertes. „Auch wenn überhaupt nichts Gutes erwartet wurde, ist die Bilanz doch noch schlechter“, sagte ein Händler.

EdF bietet wieder für Constellation

dpa I Paris Mit einem neuen Milliardenangebot hat der weltgrößte Atomkraftanbieter Electricité de France (EdF) den Übernahmekampf um den amerikanischen Atomkonzern Constellation Energy wieder aufgenommen. Der französische Staatskonzern bietet nun 4,5 Mrd. Dollar für die Hälfte des Atomgeschäfts von Constellation. Dabei soll dem US-Konzern eine Mrd. Dollar als sofortige Finanzspritze zur Verfügung gestellt werden. Erst vor wenigen Wochen hatte EdF erklärt, mit der Kreditverknappung seien „die Bedingungen für ein neues Angebot nicht gegeben“. Konkurrent im Bieterstreit ist der US-Milliardär Warren Buffett. Er will für eine Mehrheitsübernahme 4,7 Mrd. Dollar zahlen.

Toshiba muss deutlich sparen

rtr I Tokio Der japanische Elektronikkonzern Toshiba stellt wegen der Chipbranchen-Krise mehrere Sparten auf den Prüfstand. Der Konzern müsse Kosten sparen und schwache Bereiche neu bewerten, um den Abschwung zu meistern, sagte Spitzenmanager Masashi Muromachi. Zudem erwäge das Unternehmen, Fertigungen für Systemchips in Übersee zu konzentrieren. Die zuletzt bereits nach unten revidierten Wachstumsprognosen für die Branche bezeichnete er als noch immer sehr optimistisch.

Toshiba ist der weltweit zweitgrößte Hersteller sogenannter Nand-Flashspeicherchips, die in Handys, MP3-Playern und Digitalkameras genutzt werden. Im abgelaufenen Quartal hatte das Unternehmen wegen der Einbußen im Geschäft mit Speicherchips einen Gewinneinbruch von 99 Prozent erlitten. Auch Konkurrenten kämpfen mit der Absatzschwäche und den Überkapazitäten in der Branche.

Möbelbranche zuversichtlich

rtr I Düsseldorf Die deutsche Möbelindustrie hofft darauf, von der weltweiten Wirtschaftskrise profitieren zu können. Wenn Menschen Unsicherheit verspürten, bekämen das eigene Zuhause und die damit verbundenen Werte Geborgenheit und Sicherheit einen höheren Stellenwert, erklärte der Verband der Deutschen Möbelindustrie (VDM) heute. Die Branche habe damit „die Chance, zu den Gewinnern der Krise zu gehören“, sagte Verbandschef Dirk-Uwe Klaas.

Im schwierigen dritten Quartal habe die Branche immer noch ein Umsatzplus von 1,5 Prozent eingefahren, betonte der Verband. Von Januar bis September stiegen die Erlöse sogar um 3,4 Prozent auf 11,8 Mrd. Euro. Zum Jahresende soll ein Umsatzplus von zwei bis 2,5 Prozent in den Büchern der Hersteller stehen.

„Insgesamt stellt sich die Lage der heimischen Möbelindustrie im Vergleich zu vielen anderen Branchen derzeit zufriedenstellend dar“, bilanzierte Klaas.

Meldungen

Total will in Kanada expandieren

Der französische Ölkonzern Total bereitet offenbar ein milliardenschweres Angebot für den kanadischen Wettbewerber Nexen vor. Das Angebot wäre bis zu 20 Mrd. kanadische Dollar wert (12,5 Mrd. Euro), berichtet die "Financial Times" unter Berufung auf Unternehmenskreise.

Ölkonzern will Anteile verkaufen

Die Ölfirma Lundin will ihren Anteil an dem norwegischen Konkurrenten Revus Energy der Kasseler BASF-Tochter Wintershall andienen. Lundin akzeptiere das Übernahmeangebot für Revus und werde ihre 9,2 Prozent an Wintershall abgeben, teilte Wintershall heute mit. Wintershall will Revus für umgerechnet rund 650 Mio. Euro einschließlich Schulden übernehmen. Den Revus-Aktionären bietet Wintershall 110 norwegische Kronen (12,25 Euro) in bar je Aktie.

Fusionsverbot war rechtens

Die Übernahme des TV-Konzerns ProSiebenSat.1 Media durch den Medienkonzern Axel Springer ist laut einem Gerichtsurteil zu Recht untersagt worden. Das Oberlandesgericht (OLG) Düsseldorf gab heute dem Bundeskartellamt recht, das Anfang 2006 die milliardenschwere Fusion gestoppt hatte. Die Wettbewerbshüter hatten eine marktbeherrschende Stellung des Unternehmens befürchtet, das aus der Fusion von Springer und ProSiebenSat.1 entstanden wäre.

Delta Air Lines will Angebot reduzieren

Die US-Fluggesellschaft Delta Air Lines will ihre Kapazitäten wegen der Nachfrageschwäche infolge der Wirtschaftskrise weiter zurückfahren. Im kommenden Jahr solle das Angebot um sechs bis acht Prozent reduziert werden, teilte das Unternehmen mit.

So wird Papier zu frischem Geld ...

Rechnungen werden oft spät bezahlt. Factoring ist ein Ausweg.

Julia Groth
Handelsblatt

Köln Viele Rechnungen von Mittelständlern bleiben lange unbezahlt. Sie an Spezialdienstleister weiterzuverkaufen ist besonders in der Finanzkrise eine interessante Finanzierungsmöglichkeit. Einige stehen dem Factoring noch skeptisch gegenüber – doch die Akzeptanz des professionellen Forderungsverkaufs wächst.

Modehersteller René Lezard aus Schwarzach tut es, so gut wie alle Mobilfunkunternehmen. Und auch der Druckertoner-Hersteller Geha. Sie verkaufen ihre offenen Forderungen an einen Factoring-Anbieter, einen so genannten Factor. Dieser treibt dann das Geld für sie ein, übernimmt also auch die Aufgabe, dem Schuldner gegebenenfalls Mahnungen zu schicken. „Mit Factoring erreichen Mittelständler mehr Liquidität und verbessern ihre Bilanzstrukturen", sagt der Chef der Dresdner Factoring AG, Bernward Rohmann.

Akzeptanz im Mittelstand steigt

Einige Mittelständler stehen Factoring noch skeptisch gegenüber – das könnte sich aber bald ändern. Denn die Akzeptanz für den Rechnungsverkauf wächst stetig.



Ärger mit Rechnungen? Firmen können ihre Forderungen an Factoring-Anbieter verkaufen. Diese treiben dann das Geld ein. Foto: dpa

Wie funktioniert Factoring? Meist bekommt der Factoring-Kunde 80 bis 90 Prozent der Forderungssumme innerhalb von zwei Tagen ausgezahlt. Der Rest wird überwiesen, wenn der Schuldner die Rechnung beglichen hat. Der Factor erhält von seinem Kunden eine Gebühr, deren Höhe sich nach dessen Jahresumsatz richtet, und Zinsen auf den Rechnungsbetrag, den er vorgeschossen hat.

Der Vorteil: Der Kunde hat keine Zahlungsausfälle. Weil Factoring-Unternehmen das Geld in der Regel so schnell überweisen, kann der Kunde beim weiteren Einkauf Skonti nutzen und so sogar einen Teil der Factoring-Kosten wieder reinholen. Zudem sorgt die gestiegene Liquidität für bessere Ratings und damit in der Regel für bessere Konditionen für eigene Kredite. Doch trotz aller Vorteile - Factoring hatte bisher ein Imageproblem. Rechnungen zu verkaufen und so Geschäfte mit Geld zu machen, das noch gar nicht bezahlt ist, das hatte für viele Mittelständler lange Zeit etwas Anrüchiges.

In den vergangenen Jahren ist die Akzeptanz für Factoring im Mittelstand dennoch langsam, aber sicher gestiegen. Branchenkenner schätzen, dass Factoring im Zuge der Finanzkrise die Mittelständler endgültig erobern könnte. „Factoring hat in den letzten Jahren gerade im Mittelstand deutlich an Akzeptanz gewonnen", bestätigt Alexander Moseschus, Geschäftsführer des Deutschen Factoring-Verbands (DFV). „Für viele Unternehmen ist es sogar zum Qualitätssiegel geworden, Factoring zu betreiben." Nach DFV-Angaben lag die Zahl der Kunden der im DFV organisierten Factoring-Anbieter im vergangenen Jahr bereits bei etwa 4700. Das ist ein Zuwachs um etwa 22 Prozent im Vergleich zu 2006. Auch Volker Ernst, Vorstandsvorsitzender des Bundesverbands Factoring für den Mittelstand (BFM), ist zuversichtlich. „Das Akzeptanzproblem ist noch nicht ganz verschwunden, aber sehr viel kleiner geworden", sagt er. Nur noch sehr kleine Unternehmen stehen seiner Erfahrung nach Factoring skeptisch gegenüber.

Der Kunde muss vom Verkauf nichts erfahren

Laut Branchenexperten ist dies kein Wunder, denn viele Factoring-Anbieter bemühten sich um passende Lösungen für ihre Klientel. Selbst für Branchen mit besonders schwierigen Kunden gebe es eine Factoring-Möglichkeit. Unternehmer, die nicht wollen, dass ihre Kunden von dem Rechnungsverkauf erfahren, können sogenanntes stilles Factoring betreiben.

Beim stillen Factoring kümmert sich der Unternehmer selbst um das Mahnwesen, nicht der Factoring-Anbieter. Der Schuldner überweist das Geld auf das Konto des Unternehmer, nicht auf das des Factors, und merkt so nicht einmal, dass der Unternehmer seine Rechnung verkauft hat.

Trotz dieser Vorteile ist stilles Factoring nicht so weit verbreitet wie die offene Variante und auch nicht für jeden geeignet. „Es ist nur etwas für den großen Mittelstand, nicht für kleine Firmen", erklärt Ernst vom BFM. Das liegt daran, dass Factoring-Unternehmen für die stille Variante die Bonität ihres Kunden strenger prüfen als beim offenen Factoring.

Autozulieferer kritisieren Kreditvergabe der Banken

dj I Herzogenaurach Angesichts der Zurückhaltung der Banken bei der Kreditvergabe warnt die Zulieferindustrie vor Insolvenzgefahren in den eigenen Reihen. „Wir brauchen Banken, die dafür sorgen, dass die Kreditversorgung zu auskömmlichen Konditionen erhalten bleibt", sagte der Sprecher der Zulieferer im Verband der Automobilindustrie (VDA), Jürgen Geißinger, der Branchen- und Wirtschaftszeitung „Automobilwoche".

Genau dazu sei der Rettungsschirm seitens der Bundesregierung gespannt worden, kritisierte Geißinger, der zugleich Geschäftsführungsvorsitzender des Automobilzulieferers Schaeffler ist. Die Gefahren einer Kreditklemme seien für viele kleinere und mittelständische Firmen „geradezu existenziell", sagte Geißinger. Die Politik müsse nach der Rettungsaktion für die Banken daher darauf achten, „dass die Kreditvergabe an die Industrie nicht zu hohen Hürden unterliegt", forderte

Branchenverband warnt vor Insolvenzen

der VDA-Vize. Sollten die Banken ihre starre Haltung bei der Kreditvergabe nicht aufgeben, werde es „sehr bald Insolvenzen geben, die wiederum massive Auswirkungen auch auf das Bankengeschäft haben werden."

Auch der Chefvolkswirt des führenden deutschen Kreditversicherers Euler Hermes, Romeo Grill, warnte in der „Automobilwoche", zahlreiche Zulieferer seien von Insolvenz bedroht: „Die Zahl der Betriebe wird nach unserer Einschätzung im knapp zweistelligen Prozent-Bereich abnehmen." Schwierigkeiten habe zudem vor allem der Autohandel: Dieser sei schon seit längerem angeschlagen, „aber allein im dritten Quartal ist er um elf Prozent eingebrochen".

Der Bundesverband deutscher Banken (BdB) wies die Vorwürfe einer zu zögerlichen Kreditvergabe zurück. Die Zahlen sprächen eine „völlig andere Sprache", sagte BdB-Vorstand Manfred Weber.

Computerprogramme vom Flohmarkt

IT ist teuer. Mit gebrauchter Software lässt sich viel Geld sparen.

Rouben Bathke
Handelsblatt

Düsseldorf Wohl kaum ein Unternehmensbereich muss so oft auf den neusten Stand gebracht werden, wie die IT. Gerade Mittelständler versuchen darum, Kosten zu sparen und setzen auf Programme aus zweiter Hand. Die Second-Hand-Software senkt die Ausgaben, birgt aber auch einige Risiken.

Vor vier Jahren rüstete die Theodor Heimeier Metallwerk GmbH im westfäli-

Westfälische Firma senkte IT-Ausgaben um 40 Prozent

schen Erwitte ihre Informationstechnik auf. EDV-Chef Klaus Schenkel suchte nach einer Alternative zum teuren Lizenzvertrag – und stieß auf den Gebrauchtsoftwarehändler Usedsoft. Dort kaufte er günstig Lizenzen für das Windows-Betriebssystem und das Office-Paket. „Wir haben ein schmales Budget für IT-Bedarf", sagt Klaus Schenkel. „Mit dem Kauf von Software aus zweiter Hand konnten wir rund vierzig Prozent der Kosten einsparen."



Computermaus. Da IT rasch veraltet, müssen Firmen viel Geld für PC und Software ausgeben. Foto: dpa

Den Gang zu einem Gebrauchtsoftwarehändler entdecken immer mehr Unternehmen als Spar-Möglichkeit. Auf der anderen Seite sind Nutzungsrechte an Software in vielen Firmen ein wesentlicher Teil des Betriebsvermögens. Eine Veräußerung von nicht mehr benötigten Software-Lizenzen scheint also ratsam.

Der Handel mit Software aus zweiter Hand wird in den kommenden Jahren wachsen. Experten gehen mittelfristig von einer Verzehnfachung aus. Entsprechend große Einbußen muss die Software-Industrie im Neugeschäft befürchten und geht deshalb rechtlich gegen den Gebrauchtsoftwarehandel vor. Im jüngsten Urteil hat das Oberlandesgericht München dem Anbieter Usedsoft den Verkauf gebrauchter Lizenzen des Datenbanksoftwareanbieters Oracle untersagt. Jetzt strebt Usedsoft eine Revision an.

Dennoch betonen die Software-Händler, dass das Urteil keine Auswirkungen auf ihr Geschäft habe. Denn der Rechtsstreit zwischen Oracle und Usedsoft bezieht sich lediglich auf Software, die online per Download vertrieben wird – also ohne Datenträger wie etwa eine CD. Und ein früheres Urteil des Bundesgerichtshofs bestätigte, dass ein Softwareanbieter den Weiterverkauf einer CD nicht per Lizenzbedingungen verbieten darf. „Unterschiedliche Vertriebsformen von Software sowie eine schwierige Ge-

Die Rechtslage ist allerdings verzwickt

mengelage aus Urheberrecht und den speziellen Vertragsbedingungen der Hersteller machen die Rechtslage bei gebrauchter Software kompliziert", sagt Joachim Gores, IT-Experte der Wirtschaftskanzlei Kümmerlein, Simon & Partner in Essen. Um späteren Ärger zu vermeiden, sollten sich Software-Käufer die Risiken mit dem Verkäufer teilen.



BEI DIESEN EXPERTEN SOLLTEN SIE INSOURCEN.

MITTELSTAND-PLUS.DE:
JETZT ZIELGENAU EXPERTEN FINDEN.

KOSTENOPTIMIERTE WERTSCHÖPFUNG | FÜHRUNG & ORGANISATION | STRATEGIE
FINANZ- & RISIKOMANAGEMENT | INNOVATION | INTERNATIONALISIERUNG | TURNAROUND

Mit MittelstandPlus finden Mittelständler zielgenau den richtigen Experten für ihren Bei- oder Aufsichtsrat – einfach, kostenlos und schnell. Nutzen Sie die Expertise und Business-Erfahrung unserer Experten für Ihre unternehmerischen Herausforderungen.
Alle Informationen unter www.mittelstand-plus.de

MittelstandPlus
DAS STARKE EXPERTENNETZWERK

Schirmherrschaft: Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie
Eine Pro-bono-Initiative von: IKB Deutsche Industriebank, McKinsey&Company, DIHK Deutscher Industrie- und Handelskammertag, kfw Bankengruppe, WirtschaftsWoche

Meldungen

Rendite von Bundesanleihen sinkt
Die Rendite der zehnjährigen Bundesanleihe ist heute auf 2,991 Prozent – und damit erstmals unter die drei-Prozent-Grenze gerutscht. Auslöser war der Einkaufsmanager-Index der Euro-Zone für November, der schlechter ausfiel als erwartet. Die Rendite der zehnjährigen Bundesanleihe gilt als Benchmark am Anleihemarkt.

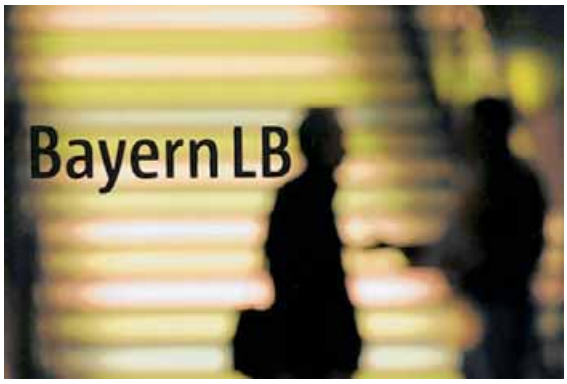
Bankeinlagen bei der EZB steigen
Die Einlagen der Banken des Euro-Raums bei der Europäischen Zentralbank haben sich erhöht. Über Nacht seien 217,40 (Vortag: 202,45) Mrd. Euro angelegt worden, teilte die EZB heute mit. Die Ausleihungen der Banken über die Spitzenrefinanzierung sanken von 1,23 Mrd. auf 1,165 Mrd. Euro. Der Umfang der Einlagen und Ausleihungen ist ein Spiegel der Spannungen an den Geldmärkten.

JP Morgan Chase punktet bei Umfrage
Die US-Bank JP Morgan Chase ist laut einer Umfrage die Top-Adresse in den USA. JP Morgan belegte in neun von 22 Kategorien Platz eins, darunter bei Bank-Dienstleistungen für große Konzerne und Anleiheinvestments. Auf Rang zwei lag Goldman Sachs. Das Beratungsunternehmen Greenwich Associates hatte institutionelle Kunden von Finanzdienstleistern befragt.

Thailand senkt den Leitzins
Die thailändische Notenbank hat angesichts der rasanten Konjunkturabkühlung ihren Leitzins zum ersten Mal seit anderthalb Jahren gekürzt. Er werde auf 2,75 Prozent von 3,75 zurückgenommen, teilte die Zentralbank am Mittwoch in Bangkok mit. Die Zinssenkung fiel unerwartet deutlich aus. Die meisten Experten hatten lediglich mit einer nur halb so starken Senkung auf 3,25 Prozent gerechnet.

BayernLB schreibt tiefrote Zahlen

Im dritten Quartal fiel ein Verlust von einer Milliarde Euro an



BayernLB-Zentrale in München. Foto: dpa

rtr/ap I München Die schwer angeschlagene BayernLB kämpft weiter mit tiefroten Zahlen. Der operative Verlust habe im dritten Quartal bei gut einer Mrd. Euro gelegen, teilte die Landesbank heute mit. In den ersten neun Monaten summierten sich die operativen Verluste auf 1,67 Mrd. Euro. Nur im zweiten Quartal hatte die BayernLB schwarze Zahlen geschrieben.

„Eine Prognose für das Gesamtjahresergebnis ist vor dem Hintergrund der dramatischen Marktentwicklungen im bisherigen Verlauf des vierten Quartals weiterhin nicht möglich", erklärte die BayernLB. Für das Gesamtjahr hatte Bankchef Michael Kemmer ursprünglich einen Verlust in Höhe von drei Mrd. Euro genannt, diese Prognose aber zuletzt gekippt.

Die hohen Verluste bedrohten sogar die Existenz der Landesbank. Der Freistaat Bayern griff dem Institut aber unter die Arme und schießt nun zehn Mrd. Euro frisches Kapital zu. Damit soll die Kernkapitalquote von 6,8 auf acht Prozent gehievt werden. Von Land und Bund kommen zudem Bürgschaften in Höhe insgesamt von 21 Mrd. Euro. Die Kosten will die BayernLB mit einem massiven Stellenabbau drücken.

Stand der Fusionsgespräche: Bayern hat einer Fusion der BayernLB mit einem Wettbewerber in der Finanzkrise erneut eine Absage erteilt. „Ich bin nicht bereit, Risiken anderer Landesbanken zu schultern", sagte Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) heute. Die Gespräche über eine Fusion der BayernLB mit der Landesbank Baden-Württemberg (LBBW) liefen aber weiter. Dagegen signalisierte Baden-Württemberg erneut Interesse an einer Fusion von BayernLB und LBBW. „Wir sind bereit zu Fusionsgesprächen mit anderen Landesbanken – zuallererst mit unseren Freunden in Bayern", sagte Ministerpräsident Günther Oettinger (CDU).

Goldman Sachs erwägt Online-Bank

dpa I New York Die US-Investmentbank Goldman Sachs prüft laut einem Zeitungsbericht die Gründung einer Online-Bank für Privatkunden. Damit wolle das Institut eine stabilere Finanzbasis schaffen, schrieb das „Wall Street Journal" heute unter Berufung auf informierte Personen. Für Goldman Sachs, eine der Top-Adressen der Hochfinanz, wäre der Einstieg ins Kleinkundengeschäft ein vor kurzem noch undenkbarer Kulturbruch.

Doch im Zuge der Finanzkrise haben Goldman Sachs und der Konkurrent Morgan Stanley – die beiden letzten verbliebenen US-Investmentbanken – ihren Sonderstatus aufgegeben und sich als gewöhnliche Geschäftsbanken registrieren lassen. Das verschärft zwar die Regulierung und mindert den Spielraum für schnelle Profite, erlaubt aber zugleich den Zugriff auf stabile Kundeneinlagen. Goldman Sachs soll laut Brancheninsidern in den vergangenen drei Monaten einen Verlust von bis zu zwei Milliarden Dollar eingefahren haben. Es wäre der erste Quartalsverlust seit dem Börsengang im Jahr 1999.

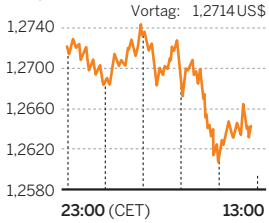
Finanzkrise drückt Gewinn von Talanx

rtr I Hannover Die Finanzkrise hat den Gewinn von Deutschlands drittgrößtem Versicherer Talanx fast vollständig ausradiert. Die Muttergesellschaft der HDI-Gerling-Versicherung und von Hannover Rück wird 2008 nur noch 32 Mio. Euro Überschuss verbuchen, 93 Prozent weniger als im Vorjahr. Grund sind Abschreibungen auf Wertpapiere. Wegen der Kursverluste an den Börsen sinkt das Kapitalanlageergebnis um 42 Prozent. Die Prämieneinnahmen im Versicherungsgeschäft blieben dagegen mit rund 19 Mrd. weitgehend stabil.

Märkte heute

Eurokurs

Mittwoch, 3.12.2008
US$ je Euro **1,2642**
Vortag: 1,2714 US$



Tops + Flops

Veränderung zum Vortagesschluss

HDax	3.12.08
Arcandor	+9,76%
Premiere	+5,76%
Wincor Nixdorf	+4,46%
Infineon	-26,59%
Freenet	-12,91%
Versatel	-7,66%

Indizes + Kennzahlen

	3.12.08 (13:30)	Vortag
FTSE 100	4081,85	4122,86
Nikkei	8004,10	7863,69
Euro Stoxx	212,00	215,35
Umlaufrendite (%)	2,92	3,00
Brentöl ($)	44,96	45,09
Gold ($)	775,83	782,35

Handelsblatt | Quelle: Bloomberg

Börse heute

Schlechte Nachrichten aus der Autoindustrie haben den deutschen Aktienmarkt heute belastet. Der Dax gab bis zum späten Mittag rund 1,8 Prozent auf 4451 Punkte nach. Damit setzte sich die jüngste Berg- und Talfahrt fort. „Wir haben ein sehr nervöses Geschäft mit wenig Umsätzen", sagte ein Händler. Gestern hatte der Leitindex drei Prozent zugelegt, am Montag sechs Prozent verloren. Als Zeichen der Unsicherheit werteten Börsianer die fortgesetzte Flucht von Anlegern in Staatsanleihen, die als „sicherer Hafen" gelten.

Zu den größten Verlierern im Dax gehörten die Aktien von MAN und Continental. Größter Tagesverlierer im deutschen Leitindex war aber mit großem Abstand Infineon. Der Titel notierte am späten Mittag bei rund 27,5 Prozent im Minus. Infineon hatte zuvor unerwartet schlechte Geschäftszahlen vorgelegt. Der Chiphersteller leidet nicht zuletzt unter der schwachen Nachfrage aus der Autobranche.

Meldungen

Deutsche lieben Weihnachtsfeiern
Weihnachtsfeiern im Kollegenkreis sind nach einer repräsentativen Umfrage des Magazins „Stern“ bei den Deutschen sehr beliebt. In Firmen, die ein Fest geben, freuen sich mit 79 Prozent fast alle auf das Fest. Nach der Umfrage lehnen nur 17 Prozent diese Art von Feier ab. Befragt wurden 947 ausgesuchte Erwerbstätige in Deutschland.

Investmentbanker fliegt in den Weltraum
Ein dänischer Investmentbanker wird als erster Passagier mit einem Flugzeug des kalifornischen Unternehmens Xcor einen Ausflug ins All unternehmen. Zeitpunkt dafür könne das Jahr 2011 sein, teilte Xcor mit. Zunächst seien mehrere Testflüge geplant. Die Reise kostet rund 95 000 Dollar. Der Zweisitzer-Jet soll gut 60 Kilometer hoch fliegen.

63-Jährige legt sich mit Verwaltung an
Aus Protest hat die Britin Maggie Gebbett ein Bußgeld von 80 Pfund (rund 94 Euro) in Ein- und Zwei-Penny-Stücken bezahlt. Die Schubkarre voller Geld lud die 63-Jährige bei der Verwaltung in London ab, berichtete die Zeitung „Daily Telegraph“. Gebbett hatte den Strafzettel wegen Falschparkens bekommen – zu Unrecht, wie sie meinte.

Flugpersonal lebt gefährlich

Studie: Höheres Krebsrisiko bei Stewardessen und Schichtarbeitern



Eine Stewardess am Flughafen Berlin-Tempelhof. Foto: dpa

dpa I Köln Flugpersonal und bestimmte Schichtarbeiter haben einer Analyse zufolge ein erhöhtes Risiko, an Krebs zu erkranken. Beim Flugpersonal sei ein um 70 Prozent höheres Brustkrebsrisiko ermittelt worden, für Prostatakrebs stieg das Risiko um 40 Prozent. Das ergab die Auswertung von insgesamt 30 Studien aus aller Welt zum Thema Schichtarbeit und Krebs mit jeweils größeren untersuchten Gruppen, wie das Institut für Arbeitsmedizin der Universität Köln heute mitteilte.

Für Schichtpersonal seien ähnliche Zahlen ermittelt worden, wobei der Untersuchungsschwerpunkt hier auf Krankenschwestern lag, sagte Institutsleiter Thomas Erren. Die Resultate der sogenannten Meta-Analyse seien „verblüffend“. Die Internationale Agentur für Krebsforschung – eine Einrichtung der WHO – habe bereits Ende 2007 bestimmte Formen der Schichtarbeit als krebserregend eingestuft, sagte der Kölner Wissenschaftler.

Besonders die Lichtverhältnisse spielten nach bisherigen Erkenntnissen eine große Rolle: Das Licht sei wichtigster „Zeitgeber“ für den Körper und beeinflusse auch die Produktion des Dunkelheitshormons Melatonin, das bei einem veränderten Spiegel offenbar das Risiko für eine Krebserkrankung erhöhen könne. Bei dem noch jungen Forschungsfeld müsse auch das Thema Nahrungsaufnahme untersucht werden.

Lebensrettung per SMS

dpa I London Per SMS-Anweisung aus London hat ein britischer Arzt im Kongo den Arm eines Jungen amputiert und ihm damit das Leben gerettet. Der Chirurg David Nott, der kürzlich bei der Hilfsorganisation Ärzte ohne Grenzen aushalf, hatte die komplizierte Operation zuvor noch nie ausgeführt, wie er heute mitteilte. Deshalb erinnerte sich der 52-Jährige an einen Kollegen in einem Londoner Krankenhaus. Dieser stand sofort bereit: „Ich habe ihm SMS geschickt und er hat mir die Anweisungen Schritt für Schritt zurückgeschickt“, erzählt Nott. Er habe genau verstanden, was sein Kollege meinte, da er mit ihm schon öfter operiert habe.

Die Operation sei erfolgreich gewesen, sagte der britische Chirurg weiter. Der Junge habe sich wieder vollständig erholt. Ohne die Amputation wäre der 16-Jährige vermutlich gestorben.

Der Arm des Jugendlichen war bei einem Unfall oder im Kampf halb abgerissen. Bei der Operation musste der Arzt das Schlüsselbein und das Schulterblatt entfernen.

Sudoku Zahlenspiel für Kreuz- und Querdenker

Anleitung: Füllen Sie die Matrix mit Zahlen von 1 – 9. Jede Ziffer darf nur einmal in jeder Spalte, Reihe und den 3x3 Feldern vorkommen. Dopplungen sind nicht erlaubt.

Die Lösungen zum Sudoku finden Sie in der nächsten Ausgabe des Handelsblatts.

Mittel

		3		4			2	
	2			7	6			9
6	9	4			5	7		3
		1			7	5		
2				9			8	
7	5							
			7	3		6		8
4				1	9			
	8						7	

Schwer

1		6		8				3
					4		1	5
				1		9	7	
	5				2			
4		7				3		
9			3				5	2
5	9			2		8		6
6			5			4		
					9			

Just a Minute Business Spotlight

Testen Sie Ihr Englisch!

The company could _____ major financial difficulties if sales continue to drop.
a) head
b) face
c) arm

Antwort b): face sth. – mit einer Sache konfrontiert werden

Lernen Sie das Englischmagazin für den beruflichen Erfolg jetzt kennen:
www.business-spotlight.de/hb
©Business Spotlight, Spotlight Verlag 2008

<http://www.ikb.de>

IKB aktuell

Ausgabe Nr. 982
Mittwoch, 3. Dezember 2008

Steckbrief

IKB-Kunden stellen sich vor:

BKP Berolina Polyester GmbH & Co. KG

Woher wir kommen: *BKP blickt auf eine traditionsreiche Firmengeschichte zurück. 1961 unter dem Namen „Plastverarbeitungswerk Staaken" in der DDR gegründet und 1991 erfolgreich privatisiert, gehört die BKP seit 1999 zu 75 % zur Greiffenberger AG und zu 25 % dem Geschäftsführer Ralf Odenwald.*

Was wir anbieten: *Kerngeschäft ist das in 1995 entwickelte Berolina-Liner System, ein innovatives, am Markt sehr erfolgreiches Verfahren zur umweltschonenden und kostengünstigen Sanierung von Abwasserkanälen. Dabei wird der harzimprägnierte Berolina-Linerschlauch direkt über den Kanalschacht in das zu sanierende Rohr eingezogen und dort mittels UV-Licht ausgehärtet. Daneben stellt die BKP auch glasfaserverstärkte Behälter sowie Schutzummantelungen für Stahlleitungen her.*

Wie wir uns positionieren: *Die Bauartzulassung durch das Deutsche Institut für Bautechnik (DIBt) sowie weitere internationale Zulassungen unterstreichen den hohen Standard der Produkte. Das Berolina-Liner System belastet die Infrastruktur rund um die Sanierungsstelle nur geringfügig und kurzzeitig. Der sparsame Umgang mit Energie und Material senkt die Kosten und setzt neue Maßstäbe im Umweltschutz. Die maßgeschneiderten Ausstattungen des Einbauequipments ermöglichen den Einsatz an nahezu jedem Ort; heute bereits erfolgreich in 27 Ländern auf 5 Kontinenten.*

Wohin wir wollen: *Die Zusammenarbeit von BKP, Tochterfirmen und weltweit ansässigen Geschäftspartnern ermöglichen ein komplettes Angebot vom Produkt bis zum Einbau und ist die Basis für den Ausbau der nationalen und internationalen Präsenz, die wir auch künftig intensiv vorantreiben werden.*

Anja Rojek, *Marketing*
www.bkp-berolina.de

IKB Deutsche Industriebank

Impressum

IKB Deutsche Industriebank AG, Wilhelm-Bötzkes-Str. 1, 40474 Düsseldorf, **Redaktion:** Patrick von der Ehe, Tel.: +49 (0)211 8221-4776, Fax: +49 (0)211 8221-2776, mailto:redaktion@ikb.de

Verantwortlich für den Inhalt ist die IKB. Namentlich gekennzeichnete Fremdbeiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Weiterverbreitung nur mit schriftlicher Genehmigung.

Handlungsrahmen in der Krise:

Unternehmensleitbild als Wegweiser

In den Medien wird derzeit der Begriff „Krise" inflationär verwendet – doch im eigenen Betrieb schwankt die Einschätzung zwischen „Stimmung schlecht und Lage gut" bis hin zu „Katastrophe". Dabei ist zu bedenken, dass insbesondere Familienunternehmen in Deutschland sich in den vergangenen Jahren immer mehr auf die veränderlichen Rahmenbedingungen einer globalisierten Wirtschaft eingestellt haben. Dennoch ist immer wieder zu hören: „Eigentlich stehen wir gut da, aber das letzte Drittel Effizienz fehlt immer noch." Die Produktion wurde optimiert, die Prozesse effizienter gestaltet und trotzdem sind nicht alle Mitarbeiter darauf eingestellt, selbst weitere Effizienzpotenziale auszuschöpfen.

Für die Ausrichtung auf ein solches Umfeld nutzen viele Unternehmen ein Leitbild, das auch im Rahmen der Qualitätsnormen der Reihe DIN EN ISO 9000 gefordert ist. Eine Untersuchung von Cloverleaf Consult hat gezeigt, dass die meisten Leitbilder in sich nicht schlüssig sind. Beispielsweise wird einerseits die Teamfähigkeit der Mitarbeiter betont, während andererseits Anreize für die Einzelleistung gegeben werden. Oft sind die Widersprüche zwar subtiler, aber das Ziel des Leitbildes wird dennoch verfehlt – einen klaren Rahmen für das betriebliche Handeln zu geben. Cloverleaf Consult hat die Leitbilder von 30 großen und mittelgroßen Unternehmen, teils in Familienbesitz, ausgewertet und verglichen.

Gerade in Krisenzeiten wird die Notwendigkeit größer, eine klar erkennbare Richtschnur für das Handeln zu besitzen. Wird der Druck zu Entscheidungen höher und deren Konsequenzen möglicherweise drastischer, hilft der starke Kompass eines gut durchdachten und homogenen Leitbildes, die richtig zu entscheiden.

Nicht nur für die Unternehmensleitung gibt das Leitbild somit eine wichtige Hilfe, sondern auch für die Mitarbeiter. Anhand eines gut im Unternehmen verankerten Leitbildes lassen sich auch unpopuläre – aber notwendige – Entscheidungen den Betroffenen vermitteln. So können die gerade in schwierigen Zeiten notwendige Motivation und das Engagement der Belegschaft gesichert werden. Dann macht sich der Werker am Band Gedanken darüber, wie Verschwendung verringert werden kann, und der Mitarbeiter der Verwaltung bringt Vorgänge zügiger zum Abschluss. Beide tun dies, weil sie wissen, dass sie selbst und ihr persönlicher Beitrag nicht selbstverständlich ist, sondern gewürdigt und wertgeschätzt wird.

Obwohl die Mehrheit der untersuchten Leitbilder widersprüchliche Signale gesendet hat, ist es einigen wenigen Unternehmen dennoch gelungen, ihre Leitbilder sehr schlüssig und homogen zu formulieren. Damit haben diese Unternehmen eine gute Grundlage, auch in der Krise nachhaltig erfolgreich zu sein.

Alexander Flieger
Cloverleaf Consult International

Coface beobachtet Risikoanstieg in den Industrieländern

Zahlungsmoral in Europa gesunken

Innerhalb der letzten zwölf Monate haben die Zahlungsrisiken im globalen Handel rasant zugenommen. Vor allem in den Industrieländern beobachtet Coface seit Anfang 2008 einen deutlichen Anstieg der Ausfälle. Verglichen mit dem Vorjahreszeitraum stiegen die Zahlungsverzögerungen der Unternehmen bereits zu Jahresbeginn um 45 % an. Für den internationalen Forderungsspezialisten war dies zu diesem Zeitpunkt schon ein klares Zeichen für den Beginn einer Kreditkrise. Im Laufe des Jahres sah sich Coface nicht nur veranlasst, die USA, sondern auch westeuropäische Länder wie Großbritannien, Irland und Spanien im Länderrating abzuwerten.

Ausgehend von der Subprime-Krise war in Nordamerika im ersten Quartal 2008 ein Risikoanstieg von 33 % auf 116 Punkte zu verzeichnen. Auch in Japan stieg das Risiko deutlich an; Australien und Neuseeland waren weniger betroffen. Demgegenüber blieb es zu diesem Zeitpunkt in Westeuropa noch verhältnismäßig ruhig. Der Coface-Risikoindex hielt sich für die EU-15 konstant bei 77 Punkten – dem besten Wert im weltweiten Vergleich.

Doch die Region blieb nicht verschont. Die westeuropäischen Länder, zu Jahresbeginn noch kaum betroffen, ziehen jetzt nach. In Deutschland ist die Lage zwar noch vergleichsweise stabil, doch registriert Coface im dritten Quartal für Westeuropa insgesamt eine Steigerung des Risikos um mehr als 18 %.

Dr. Dirk Bröckelmann, Coface Deutschland